

Otto Rubly Vorsitzender der Kreistagsfraktion Grieser Str. 2 66901 Schönenberg-Kübelberg

Kreistagsfraktion



Herrn
Landrat Dr. Winfried Hirschberger
Kreisverwaltung Kusel
Postfach 1255

66864 Kusel

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Hirschberger,

die CDU-Kreistagsfraktion beantragt, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 3. Dezember 2014 zu setzen:

Der Kreistag möge beschließen:

Nach Auffassung des Kuseler Kreistages ist es zwingend notwendig, dass auf Initiative des Landkreises Kusel mit allen angrenzenden und umliegenden Kreisen auf Landräteebene, aber auch auf Ebene der Fraktionsvorsitzenden der in den Kreistagen vertretenen Parteien und Wählergruppen, über die Zukunft der kommunalen Struktur Gespräche geführt werden. Nur so kann auch der Landkreis Kusel über seine Zukunft mitsprechen und evtl. eine freiwillige Fusion vorbereiten helfen. Es darf nicht sein, dass es solche Gespräche - wie derzeit bei betroffenen Verbandsgemeinden - erst dann gibt, wenn das Land bereits Zwangsfusionen androht oder diese unmittelbar bevorstehen.

Insbesondere mit dem Landkreis Kaiserslautern sind die Gespräche bevorzugt zu führen, da der Innenminister des Landes Rheinland Pfalz, Lewentz (SPD), angekündigt hat, dass „wenn bis zum Frühjahr 2015 keine freiwillige Lösung oder andere Alternative gefunden ist, das Innenministerium auch über Kreisgrenzen hinweg einen Gesetzentwurf für die Verbandsgemeinden Bruchmühlbach-Miesau, Schönenberg-Kübelberg und Waldmohr ausarbeiten wird“.

Begründung:

Die Änderung kommunaler Grenzen obliegt nach der Rechtslage dem Land bzw. dem Landtag. Allerdings verbietet niemand den Kommunen und Landkreisen im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung mit benachbarten Kommunen und Landkreisen über neue Gebietszuschnitte Gespräche zu führen und dem Land Vorschläge zu unterbreiten. Wer den bisherigen Verlauf der Verwaltungs- und Gebietsreform beobachtet, erkennt deutlich die Absicht des Landes, auf Freiwilligkeit zu setzen. Dies wurde auch jüngst in Gesprächen mit dem Innenministerium, die den Gebietsänderungsbedarfs der Verbandsgemeinden Bruchmühlbach-Miesau, Schönenberg - Kübelberg und Waldmohr betrafen, deutlich. Zu Teilen auch nochmal durch den Innenminister in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage bestätigt. Landrat Dr. Hirschberger hat seine erneute Kandidatur zum Landrat im Jahre 2009 und den Verbleib im Amt u.a. damit begründet, dass er den Erhalt des Landkreises und eine zukunftsfähige Gestaltung des Landkreises in seiner letzten Wahlperiode zu einer bevorzugten Aufgabe machen will.

Und dies vor dem Hintergrund, dass der Kreis sehr stark vom demografischen Wandel betroffen ist und gleichzeitig der Kreis in Rheinland-Pfalz mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung ist.

Die bisher umgesetzte Kommunal- und Verwaltungsreform ist Stückwerk geblieben und hat auch im Landkreis Kusel zu der abstrusen Situation geführt, dass im Norden eine sehr große Verbandsgemeinde entstanden ist, die anderen kleinen Verbandsgemeinden im Kreis aber – weil das Landesgesetz bisher keinen zwingenden Gebietsänderungsbedarf feststellte – nicht fusionieren mussten. Das hat sich jetzt offensichtlich geändert.

Daher sieht die CDU-Fraktion die Notwendigkeit von Gesprächen über Kreisgrenzen hinweg schon wegen der Tatsache, dass in den letzten Wochen unmissverständlich seitens der Landesregierung und dem SPD-geführten Innenministerium klargestellt wurde, dass im Landkreis Kusel mehrere Verbandsgemeinden einen Gebietsänderungsbedarf haben und bis 2019 die Zahl der Verbandsgemeinden reduziert werden soll.

Zu diesen Gesprächen gehört auch das Bestreben des Landes, Verbandsgemeinden außerhalb des Kreises mit Verbandsgemeinden aus dem Landkreis Kusel zu fusionieren und das Ansinnen verschiedener Gemeinden, evtl. den Landkreis verlassen zu wollen.

Einen weiteren Sinn von bald aufzunehmenden Gesprächen sieht die CDU-Fraktion auch darin, dass in den Landkreisen Kusel, Kaiserslautern, Südwestpfalz und Donnersbergkreis gegen Ende des Jahres 2017 alle Landräte ausscheiden und wegen Erreichen der Altersgrenze nicht mehr zur Wiederwahl anstehen.

In einem Schreiben des Innenministers an verschiedene Verbandsgemeinden und Landkreise hat dieser auch auf die Einbeziehung von Kreisgrenzen hingewiesen. Vor diesem

Hintergrund ist es nicht vermittelbar, dass Mitte / Ende 2017 in allen Landkreisen neue Landräte oder Landrätinnen mit einer hohen Besoldungsstufe gewählt werden und knapp zwei Jahre nach ihrer Wahl wieder ihr Amt verlieren sollen.

Das Hin und Her der letzten Wochen fordert deshalb von allen politisch Verantwortlichen, rasch nach Lösungen zu suchen. Hauptamtlich, aber insbesondere auch ehrenamtliche Mandatsträger in den Verbandsgemeinden haben klare Stellungnahmen des Landrates, aber auch des Kreistages verdient.

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long vertical stroke extending downwards.